



Protokoll der BAG Europa Sitzung vom 20. - 22. Juni 2025 in Hannover

Teilnehmende:

s. Teilnehmendenliste

Tagungsort:

Geschäftsstelle Regionsverband Hannover

Senior-Blumberg-Gang 1

30159 Hannover

teilweise digital über Zoom

Gruppenfoto:

natürlich darf auch von dieser Sitzung unser "Familienfoto" nicht fehlen - zusammen mit unserem Gast Timon



Ablauf

Ablauf und Tagesordnung	
Freitag, 20.06.2025	
18:30 Uhr - 19:30 Uhr	Allgemeiner Austausch mit Erik Marquardt , MdEP Leiter der Europagruppe Moderation: Tom Gürtler
<ul style="list-style-type: none">• Als Grüne waren/ sind wir Teil der “von der Leyen-Koalition”, insb in einigen Ausschüssen wie DEVE und REGI, aber auch in der Plenararbeit ist zu erleben, dass die EVP die Mehrheiten rechts der Mitte als Verhandlungsmasse und Drohkulisse aber auch zur Mehrheitsfindung nutzt. Die ECR wird dabei als (vermeintlich) harmloser “Türöffner” zu PfE und ESN genutzt• Die Angriffe auf NGO’s sind sowohl strategisch wie auch machtpolitisch und inhaltlich motiviert und greifen gezielt rechte Rhetorik auf. Dem Narrativ kommt zu Gute, dass die Kommission (KOM) generell sehr intransparent in ihrer Mittelvergabe ist. Die 15,6 Mio die im Rahmen des LIFE-Programm an NGO’s geflossen sind, stellt keine Besonderheit und auch keinen relevanten Anteil am Gesamtbudget dar, werden nur aus Opportunitätsgründen gerade thematisiert. Während intransparente Mittelverwendung durch rechte Parteien/ Regierungen und ihnen nahestehende Organisationen nicht thematisiert werden.• Die Diskussionen zu Nahost/ Gaza innerhalb der Grünen Fraktion haben zu einer Einigung auf ein “Ressourcenpapier” geführt, was insgesamt ein heilsamer Prozess war• In der Diskussion um den neuen MFR stellt sich aktuell die Frage, wie stark man das Thema aktuell schon aufgreift oder zunächst wartet, bis der Vorschlag der KOM vorliegt• Für den Beschluss des MFR ist wohl maximal eine Zustimmung von Teilen der ECR realistisch. Dadurch dürfte hier die “von der Leyen-Koalition” einzige Option für eine parlamentarische Mehrheit sein. Das gibt Sozialdemokraten, Liberalen und uns eine stärkere Verhandlungsposition, sofern sich die progressiven Kräfte einig zeigen.• Die Kommission versucht ihre Gesetze aktuell teilweise in Eilverfahren durch das Parlament zu bringen. Darunter leiden parlamentarische Kontrolle und öffentlicher Diskurs• Die Regierung Orban versucht die Budapest Pride nun auch in ihrer neuen Form als Veranstaltung der Stadt zu verbieten. Noch offen ist, wie das rechtlich gehen soll• Artikel 7-Verfahren gegen Ungarn ist aktuell keine realistische Option. Es müssen andere Wege gefunden werden, um Europa handlungsfähig zu halten• “Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt” (Jacques Delors): Wir müssen mit Emotionen überzeugen, nicht nur mit Fakten. Dann kann eine Erzählung “Wir haben Angst um unser Europa” vs die Angstmache der Rechten <u>vor</u> Europa erfolgreich sein• Für ein Social Media Verbot für Jugendliche zeichnen sich aktuell keine Mehrheiten im EP ab. Als Grünen sehen wir den Vorschlag überwiegend kritisch und nicht zielführend	

19:30 - 20:00 Uhr	Bericht von der Klausur der Europagruppe Kathleen Wabrowetz / Torben Wöckner
<ul style="list-style-type: none"> • Klausur am Freitag in Berlin mit vorherigen Netzwerkabend am Donnerstag • Sprecher*innen BAG Europa eingeladen • Breite Beteiligung aus der BT-Fraktion und Zivilgesellschaft • Thema u.a Rechtsruck von Union/ EVP, Abkehr von systemtragender Rolle, Vorbilder: Johnson, Kurz • Inputs teilweise aufgezeichnet, werden nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt • Thema der europäischsten Opposition gegenwärtig und als "unique selling point" 	
Samstag, 21.06.2025	
10:15 - 11:45 Uhr	Wo bleibt das Soziale: Welche Perspektiven für die europäische Sozialpolitik? mit Katrin Landensiepen , MdEP; Timon Dzienus , MdB Moderation: Kathleen Wabrowetz
<ul style="list-style-type: none"> • Spannungsfeld zw. Zuständigkeit bei Mitgliedstaaten und Vorschlägen (auch Richtlinien) seitens der KOM • Soziale Themen bei partizipativen Formaten (auch Zukunftskonferenz) immer sehr gewünscht • unter vdL II Prioritätenverschiebung weg vom Sozialen • Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie auch bei Grün umstritten (Grüne in Skandinavien z.B. mit ganz anderen Vorstellungen als wir), zudem keine Kommissar*in mehr für Antidiskriminierung/Gleichstellung • Keine wirksamen Gesetzesinitiativen im Sozialbereich von KOM absehbar; Unterausschuss Wohnen läuft nur ein Jahr – wird Abschlussbericht vorlegen • MFR: absehbar, dass Vergrößerung des Haushalts notwendig ist; jetzt schon auf den (über)nächsten MFR schauen und sich auf Mehrheiten jenseits der nächsten EP- und BT-Wahlen einstellen • Sozialausschuss: für Ende des Jahres Armutsstrategie geplant • Klimasozialfonds = Thema des sozialen Ausgleichs von Klimamaßnahmen wurden immerhin auf die Agenda gesetzt, Mittel aber sehr begrenzt • Linnemann und Bas als Antagonist*innen beim Thema Arbeit & Soziales; auch Krach innerhalb der Parteien – grüne Sichtbarkeit daher auch nicht so einfach • Herbst: EuGH-Urteil zur Mindestlohn-RL, Generalanwalt sieht Kompetenzüberschreitung der EU • Tariftreue steht im KoaVertrag (ab Vergabe von 50.000, bei Startups Schwelle doppelt so hoch), Trickpotenzial, weil Aufträge auch gestückelt werden können, „Nachweise und Kontrollen begrenzen“ – kein Engagement der Koalition, ggf. politischer Wille bei Bas und co. • AfD drängt in Betriebsräte (Wahlen nächstes Jahr), Vorfeldorganisationen („Zentrum“), die rechtes Engagement in Betrieben voranbringen • Antidiskriminierungs-RL: Einsatz für neuen Vorschlag, anstatt auf dem 	

(totgesagten) Vorschlag zu verbleiben; Überlegungen zu einem Plan B; Katrin hat Brief an Bas geschrieben, Druck auf BuReg ausüben (Beispiele, welche EU-Gesetze konkret an Scholz Veto gescheitert sind, entsprechend immer auch Druck auf SPD)

- Playbook der Rechten und Konservativen gegen NGOs und Zivilgesellschaft; Vorbildfunktion USA? (im negativen Sinne)
- Spaltung in der Zivilgesellschaft: Beispiel Behindertenverbände, die Meloni/Fdl nicht schlecht finden (Ausspielung versch. marginalisierter Gruppen)
- AG A&S im Bundestag: Zusammenarbeit mit EU-Ebene?
- Rot-grün-rote Vorgespräche zur AG zur Reform der Schuldenbremse im Bundestag, wenn Verständigung klappt, gutes Mittel um Union unter Druck zu setzen
- Vertrauen in Zivilgesellschaft durch GEAS-Abstimmung verloren

11:45 – 13:00 Uhr

Workshop “Europäische Republik”

Im Workshop haben wir uns in drei thematischen Schwerpunkten mit der Idee einer Föderalen Europäischen Republik auseinandergesetzt. Ziel war es, zentrale Zukunftsfragen zu diskutieren und erste inhaltliche Leitlinien für eine politische Vision zu entwickeln.

Grundwerte

Wir haben uns gefragt, was eine föderale Republik grundsätzlich von der heutigen EU unterscheidet – nicht nur strukturell, sondern auch wertebasiert. Im Mittelpunkt stand die Diskussion, welche Prinzipien das Fundament einer neuen europäischen Ordnung bilden sollen. Genannt wurden unter anderem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität, Solidarität und ökologische Verantwortung.

Institutionen & Machtverteilung

Ein zentraler Punkt war die Rolle europäischer Regionen, Nationalstaaten und Kommunen in einem föderalen System. Diskutiert wurde, wie politische Macht so verteilt werden kann, dass europäische Entscheidungen nahbar bleiben. Ein wichtiges Anliegen war es, institutionelle Entfremdung – wie sie etwa im politischen System der USA erlebt wird – in Europa zu vermeiden.

Beteiligung & Demokratie

Wir haben überlegt, wie Bürger*innen sich effektiv und direkt auf europäischer Ebene einbringen können. Dabei ging es um neue Teilnehmungsformate und die Idee eines gesamteuropäischen Wahlrechts. Themen wie transnationale Listen, gleiche Stimmengewichtung und neue Formen der Mitbestimmung standen im Mittelpunkt.

ToDos und offene Fragen für kommende AK-Sitzungen:

Historische Perspektive:

Vorbereitung eines Inputs zum gescheiterten EU-Verfassungsvertrag – mit wissenschaftlicher Begleitung. Ziel ist ein Rückblick auf zentrale Gründe des Scheiterns sowie die Lehren für heutige Verfassungsvorhaben.

Kompetenzverteilung überarbeiten:

Die bestehenden politischen Kompetenzlevel sollen im Hinblick auf eine zukünftige Vision neu bewertet und ggf. anders aufgeteilt werden.

Vergleich mit anderen EU-Ländern:

Erweiterung des Blicks über das deutsche föderale System hinaus – Analyse und Vergleich von Kompetenzverteilungen in anderen EU-Staaten.

Aufarbeitung Grundsatzprogramm:

Diskussion darüber, warum der Europäische Rat in ein Zwei-Kammern-System überführt werden sollte.

Klärung, wer an dem entsprechenden Kapitel im Grundsatzprogramm mitgewirkt hat.

Ziel des AK Europäische Republik ist die Erarbeitung eines Leittrags für die BAG Sitzung in Brüssel im Q1 2026

11:45 - 13:00 Uhr

Workshop “Verteidigungsprogrammatische”

mit Gästen aus der BAG Frieden, AG Bundeswehr und Bundeswehrgrün

- Die AG Bundeswehr besteht seit 5 Jahren innerhalb der BAG Frieden, BundeswehrGrün ist ein eigenständiger Verein. Mitglieder in beiden Strukturen sind überwiegend Grüne mit beruflichem/ inhaltlichen Bezug zur Bundeswehr, Ziel die Kommunikation zw Partei und BW
- in der Arbeit sind verschiedene Papiere entstanden, die uns im Nachgang zur Verfügung gestellt werden
- Bereiche für weitere gemeinsame Diskussion:
 - Zivilschutz
 - gemeinsame Beschaffung
- Möglichkeit einer Übergewinnsteuer: keine einheitliche Diskussion, mögliche rechtliche Grenzen
- Best-practice Beispiel für Zivilschutz: Finnland, genauerer Blick lohnt sich
- Verteidigungsbereitschaft in der Bevölkerung in Deutschland ist niedrig 8Gruppe der jungen Männer: < 20%
- ReArm Europe: Regularien um Mittel abzurufen
- bestehende gemeinsame Projekte:
 - MGCS (Main Ground Combat System): Entwicklung eines Kampfpanzers als Nachfolger des Leopard II durch Deutschland und Frankreich
 - Eurofighter II durch Deutschland, Frankreich und Spanien
- Wieviel % der Rüstungsausgaben gehen in gemeinsame Projekte?

14:30 - 15:45 Uhr

Protektionismus vs Welthandelspolitik: Wie positionieren wir Europa? mit Anna Cavazzini, MdEP;

	<p>Anton Möller, Heinrich-Böll-Stiftung Brüssel Moderation: Torben Wöckner</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Probleme in den transatlantischen Handelsbeziehungen bestanden schon lange, auch vor Trump; Szenarien-Rechnung mit DIW = untersch. Betroffenheit der MS, Vertiefung bestehender Handelsabkommen könnte Handelsverluste mit den USA ausgleichen oder sogar überkompensieren. • Trumps Denkweise: USA als Verlierer der Globalisierung, daher unrealistisches Ziel der Industrieansiedlung per Zöllen (sehen teilweise auch Demokraten grundsätzlich so) • Angebote der USA unklar, auch für Sefcovic; viele Angebote von EU-Seite, mehr in die Offensive kommen (wie Kanada), unsererseits Ultimatum setzen (Digitalsteuer, Beschränkung von Finanzdienstleistungen) usw. • Klarheit bei amerikanischen LNG-Käufen (zu langfristig, Überkapazitäten absehbar) • Kritik an Mercosur/Welthandelssystem weiter äußern – aber in Zeiten von Trump • EVP und Aufweichung von Standards • Mercosur weiterhin inhaltlich schlecht (Abholzung im Amazonas), aber politische und wirtschaftliche Notwendigkeit, grüne EP-Fraktion wird mit allergrößter Mehrheit dagegen stimmen. Abstimmung erst nächstes Jahr im EP. • Digitalomnibus im Herbst, Beispiel: Facebook-Lobbyistin in der EVP-Fraktion Aber: KI-Regulierung wird auf jeden Fall geöffnet! • Zolldebatten & Folgen für den Inflation Reduction Act (IRA): Trump räumt alle grünen Subventionen ab, IRA auch als Versuch, das Außenhandelsdefizit der USA zu reduzieren 	
<p>16:00 - 17:00 Uhr</p>	<p>Abbau von Lithium in Serbien mit Franziska Brantner, Parteivorsitzende und MdB; Radomir Lazovic, Parteivorsitzender Zeleno-Levi Front; Jovan Rajic, Renewables and Environmental Regulatory Institute Moderation: Torben Wöckner</p>
<p>Zu Beginn wurde ein Überblick über die politische und gesellschaftliche Lage in Serbien gegeben. Radomir Lazović berichtete eindrücklich über Proteste und zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen den geplanten Lithiumabbau. Dabei wurde auf strukturelle Probleme hingewiesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schwache Institutionen und weitreichende Korruption erschweren effektive Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit. 	

- Die **Umweltschutzgesetzgebung weist erhebliche Mängel** auf, was internationale Unternehmen ausnutzen können.
- Der **politische Druck auf die Opposition, Justiz und Zivilgesellschaft ist hoch**, Oppositionelle werden kriminalisiert. Ein Unterschied zu autoritären Systemen wie Russland sei lediglich, dass es in Serbien überhaupt noch eine aktive Opposition gebe.
- Die geplante Lithiumförderung in Serbien betrifft insbesondere die Region Loznica. Laut Rajić und Lazović handelt es sich mit **160 Millionen Tonnen** um die **größte bekannte Lagerstätte in Europa** – zum Vergleich: In Deutschland werden etwa **1,2 Millionen Tonnen** geschätzt.
- Präsident Vučić versuche, die **Verantwortung für mögliche Folgen an die EU, Deutschland oder sogar die Grünen in Deutschland** abzuwälzen.
Im Panel wurde kritisch reflektiert, dass die **EU trotz klarer Resolutionen**, z. B. zur mutmaßlich manipulierten Wahl 2023, **kaum wirksames politisches Handeln gezeigt hat**. Es bleibt bei Appellen ohne konkrete Konsequenzen.
- In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, **durch EU-Förderzusagen eine rechtliche Bindung an europäische Standards und Gerichte** bei der Lithiumförderung in Serbien zu erreichen. Dies sei derzeit nicht klar geregelt, aber dringend erforderlich.
- Serbische Grüne sehen die EU, die EGP und den deutschen Grünen als Partner besonders wenn es um die Rechtsstaatlichkeit in Serbien geht.
- **Bericht von N1 - Experts warn Jadar project should not go ahead**
<https://n1info.rs/english/news/experts-warn-jadar-project-should-not-go-ahead/>
- **BÖLL E-Paper - The Jadar Project, Serbia - history, context and concerns**
<https://www.boell.de/de/2025/03/04/jadar-project-serbia-history-context-and-concerns>

Sonntag, 22.06.2025

09:30 Uhr - 10:30 Uhr

Länderberichte

Bayern

Die bayerische LAG hat neue Delegierte gewählt. Geplant sind mehrere Online-Veranstaltungen, u.a. zu den Themen Wehrpflicht und Freiwilligendienste, zur geopolitischen Bedeutung von Wasser sowie zu konkreten politischen Schritten auf dem Weg zu einem föderalen Europa bzw. den „Vereinigten Staaten von Europa“.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl im März 2025 macht die LAG derzeit aktiv Werbung für den Arbeitskreis Europa in den Kommunen und würde sich über ein unterstützendes Handout für die kommunale Ebene freuen.

Berlin

Im kommenden Jahr stehen in Berlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus an. Die LAG Europa hat sich intensiv in den Wahlprogrammprozess eingebracht – mit dem Ziel, dass europäische Perspektiven nicht nur in einem separaten Kapitel, sondern in allen relevanten Bereichen des Programms abgebildet werden. Bei der letzten LAG-Sitzung standen soziale Gerechtigkeit, die Ukraine und Georgien im Fokus. Für den Sommer ist ein Fest geplant.

Einige Mitglieder der LAG haben sich zudem mit dem „Russischen Haus“ in Berlin befasst und hierzu einen Antrag verfasst.

Brandenburg

Die Landespartei befindet sich nach dem Verlust der Landtagsfraktion in einer Phase der politischen Neuorientierung. Die LAG Europa beteiligt sich aktiv am Erneuerungsprozess. So wurde kürzlich eine Veranstaltung mit Viola von Cramon zu Protestbewegungen und dem Lithiumabbau in Serbien organisiert. Die Wahl eines neuen Sprecher*innen-Teams wurde zunächst vertagt, da bislang keine Kandidaturen vorlagen. Für November plant die LAG gemeinsam mit Sergey Lagodinsky eine politische Bildungsfahrt nach Brüssel.

Bremen

In Bremen ist aktuell nur eine geschäftsführende Sprecherin der LAG im Amt, die zweite Sprecher*innen-Position ist vakant. Die nächste LAG-Sitzung wird sich mit der politischen Situation in Israel befassen.

Hamburg

Der Kreisverband Bergedorf organisiert eine Busreise zur EuroPride in Budapest. Die Route führt über Berlin, sodass eine Kombination mit Teilnehmenden von dort möglich ist. Politisch war die Regierungsbildung in Hamburg zuletzt schwierig: Zwischen SPD und Grünen kam es zu zähen Verhandlungen, zwischenzeitlich traf sich die SPD auch mit der CDU. Mittlerweile steht die neue Regierung. Im Juli wird ein neuer Landesvorstand gewählt.

Hessen

Anna Lührmann ist neue Landesvorsitzende der hessischen Grünen und bringt viel europapolitische Kompetenz mit. Die Unterarbeitsgruppe (UAG) Europa hat ein neues Sprecher*innen-Team gewählt und arbeitet an Themen wie europäischer Handelspolitik, strategischer Ausrichtung sowie Rüstungs- und Verteidigungspolitik. Daneben läuft der Prozess zur Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms. Perspektivisch möchte die LAG/UAG Links zu hybriden Veranstaltungen auch in der BAG-Gruppe teilen.

Vergangene Aktivitäten umfassten u.a. Veranstaltungen zum Digital Services Act (DSA) in Frankfurt. Mit Blick auf die kommende UN-Klimakonferenz (COP) diskutiert die LAG zudem über die europäische Klimapolitik.

Niedersachsen

Die LAG ist aktuell weniger aktiv, da der Fokus stark auf der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2026 liegt. Besonders die Wahl in Hannover wird als richtungsweisend eingeschätzt. Politisch ist Niedersachsen durch die Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten geprägt. Dieser hat das bisherige Europaministerium abgeschafft und die Zuständigkeiten der Staatskanzlei zugeordnet. Ziel ist, Europa stärker in der niedersächsischen Landesverfassung zu verankern. Bei einer Veranstaltung mit der Landesvorsitzenden wurden diese Schritte erläutert.

Nordrhein-Westfalen

Seit der letzten BAG-Sitzung hat keine neue LAG-Sitzung stattgefunden. Zuletzt standen die politischen Situationen in Syrien und der Türkei im Mittelpunkt. Als nächstes möchte sich die LAG mit dem Thema „Europa in den Kommunen“ befassen – auch im Hinblick auf

die Kommunalwahlen im September. Ziel ist es, europapolitische Ansätze stärker in der kommunalen Praxis zu verankern.

Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein beschäftigte sich die LAG zuletzt mit der sogenannten „Schattenflotte“ in der Ostsee sowie der Lotsenpflicht in der Kadettrinne. Der Landtag hat hierzu auf Grüne Initiative eine Resolution verabschiedet. Die schwarz-grüne Landesregierung befindet sich derzeit inmitten der Northvolt-Krise rund um die geplante Ansiedlung eines Batteriezellwerks in Heide. Strittig sind u.a. umweltpolitische und genehmigungsrechtliche Fragen.

Thüringen

Die LAG hat eine neue Sprecherin gewählt, nachdem die bisherige Sprecherin Thüringen verlassen hat. In der Vergangenheit fand eine Veranstaltung zur EU-Zollpolitik statt. Zudem berichtete eine Stadtverordnete aus Jena von ihrem Besuch in der ukrainischen Partnerstadt.

Nicht anwesende Landesverbände:

Saarland, RLP, BaWü, Sachsen-Anhalt, Sachsen

Weitere Berichte

Grüne Jugend

Die Fachforen der GRÜNEN JUGEND – strukturell vergleichbar mit den BAGen – befinden sich derzeit in einem dysfunktionalen Zustand. Auf Bundesebene wird über die Zukunft dieser Foren beraten. Aufgrund einer Pattsituation im Bundesvorstand wurde die Debatte auf das kommende Jahr vertagt, wenn ein neuer Vorstand gewählt wird.

Die GJ plant derzeit ein Europa-Café gemeinsam mit der BAG Europa.

Bundestag

Nach der Bundestagswahl wurde die Besetzung der europapolitischen Positionen in der grünen Bundestagsfraktion erneuert. Chantal Kopf bleibt europapolitische Sprecherin, Anton Hofreiter weiterhin Vorsitzender des Europaausschusses. Die AG Europa besteht außerdem aus Ayşe Asar, Katrin Göring-Eckardt und Julian Joswig (Obmann).

Brüssel / EP-Fraktion und Europagruppe

Die deutsche Delegation beteiligt sich aktiv an der Mobilisierung zur EuroPride in Budapest. Auf EU-Ebene ist ein zentrales Thema weiterhin der Umgang mit dem Erstarken konservativer und extrem rechter Kräfte. Die Zusammenarbeit der EVP mit rechtsextremen Parteien nimmt zu, was bei Renew Europe und der S&D-Fraktion zu Diskussionen über mögliche künftige Kooperationen führt. NGOs geraten zunehmend unter Druck, und der europäische Green Deal wird zunehmend attackiert.

10:30 Uhr - 12:00 Uhr

Workshop: Einbindung von (Neu-) Mitgliedern in

	LAG/BAG-Strukturen
	Feedback und Ausblick
<ul style="list-style-type: none"> ● Die BAG veranstaltet wieder einen Europaworkshop zusammen mit dem BuVo und der Europagruppe. Datum: 17.10. Die nächste reguläre BAG Sitzung schließt sich daran an: 18./19.10. Für den Europaworkshop wird es eine separate Anmeldung geben. Bitte darauf achten und nutzen ● Übernächste BAG Sitzung wird in Brüssel sein, die Kostenabrechnung läuft dann über das EP. Daher ist vermutlich eine Anreise schon am Donnerstag nötig ● Es wird eine Reisegruppe zu den Journées d’Ete der französischen Grünen geben. Infos folgen, Reisekosten und Übernachtung müssen individuell getragen werden ● Es gibt verschiedene grüne und grün-nahe Anreiseoptionen zur Budapest Pride. Auf europäischer Ebene koordiniert Büro Freund. Bitte dort aus sicherheitsgründen auch bei individueller Anreise melden ● Für die Panels gerne eine inhaltliche Vorbereitung insb bei komplexen Themen (vorab Texte oder Einführung durch Sprecher*innen-Team in das Thema) ● konkrete Fragestellung im Programm formulieren ● Workshops inhaltlich stärker an Panels anknüpfen → Was machen wir aus dem Input? 	